

enbahn-
wörter.
Februar,
der Brauerei
her Eisen-
wörter
sationsange-
ruppe Calw.
nach neuestem
Verfahren,
nte,
Art,
Stuttgart 18,
Termin 11 276.
8 6 Uhr.

erinnen
alquellen.

Verkauf.
ppert Witwe ver-
reiar, (Wahlhans
zahlung:
ff), 1 Kinder-
kten, 1 Weiß-
en, Tische, 1
n. Hausrat.
entiereer Kolb.

Frische
vieler Fett-
dillinge
5 Mk.
empfehlen
kuch & Co.
J. m. b. H.

öbliertes
immer
den gesucht.
unter C. S. 43 an
süßst. ds. Bl. erbet.

Deckenpfromm steh-
enes
elstabier

hrer Luz, Con-
D. A. Neuenbürg.

der
ärkte des
arbezirke
Blattes das Stück
ch.

0/12/25



Calmer Calwblatt
Nr. 44. Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.
Verlagspreis: In der Stadt mit Zustellgeld 12.90, außerhalb 13.50, wofür ein Vierteljahr 48.00, ein halbes 90.00, ein Jahr 170.00, wofür ein Vierteljahr 48.00, ein halbes 90.00, ein Jahr 170.00.
Mittwoch, den 23. Februar 1921.

Zu den preussischen Landtagswahlen

399 Abgeordnete gewählt. — Die Gesamtzahl 421.
Berlin, 22. Febr. (Nachmittag) Vorläufiges Wahlergebnis der preussischen Landtagswahlen. Nach den bisherigen Feststellungen erscheinen 399 Abgeordnete als gewählt, davon Mehrheitssozialdemokraten 106, Demokraten 23, Zentrum 79, Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale Volkspartei 72, Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes 4, Unabhängige 26, Vereinigte Kommunisten 30.

Zu den 399 neugewählten Abgeordneten treten noch die bisherigen 22 Abgeordneten des Kreises 9 (Oberschlesien) aus der Landesversammlung hinzu, sodaß die Gesamtzahl 421 beträgt. Davon sind Mehrheitssozialdemokraten 113, Demokraten 26, Zentrum 90, Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale 73, Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes 4, Unabhängige 29 und Vereinigte Kommunisten 30.

Die Stimmenverteilung.

Berlin, 22. Febr. Zu den preuss. Landtagswahlen sind insgesamt 15 951 338 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf die Parteien: Mehrheitssozialdemokraten 4 171 286, Zentrum 2 964 002, Demokraten 977 463, Deutschnationale Volkspartei 2 892 662, Deutsche Volkspartei 2 266 587, Unabhängige 1 055 023, Kommunisten 1 207 695, Polenpartei 12 271, Fraktionslos 940, Wirtschaftspartei 187 343, sonstige Parteien 5806.

Obiges Stimmresultat als nicht amtlich übermittelt, kann nicht als endgültiges betrachtet werden.

Verhandlungen über die Lage.

Berlin, 22. Febr. Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewirkt werden müsse, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von den gleichen Parteien der Koalition getragen würden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preussischen Regierung angestrebt werden soll.

Das Nansen aus dem Blätterwald.

Berlin, 23. Febr. (Abendblätter) Die Blätter behandeln den Londoner Beschluß über Oberschlesien weiterhin. — Die „Kreuzzeitung“ meint, es werde nunmehr Sache der Oberschlesier sein, alles aufzubereiten, eine überwältigende Mehrheit aufzubringen, die es der Entente moralisch unmöglich mache, auch Teile von Oberschlesien abzutrennen und zu Polen zu schlagen.

Das Gesamtergebnis der Landtagswahlen wird von der „Noten-Zeitung“ als ein für die kommunistische Partei durchaus gutes bezeichnet. Es übertriffe die Erwartungen vieler Genossen. Zu dem beträchtlichen Wiedererkerken der Sozialdemokratie führt der „Vorwärts“ aus, daß, wenn die Reichsregierung durch ihr Auftreten in London beweise, daß sie entschieden die Politik der Deutschnationalen ablehne, dafür aber umso deutlicher im Sinne der Wähler der Sozialdemokratie handeln wolle, es ihr gelingen werde, den Schaden wieder auszugleichen, den die Deutschnationalen verursacht hätten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Dem Reich nach rechts bei der Landtagswahl und der Tatsache, daß mit Einschluß des Zentrums eine starke Mehrheit in weiterem Sinne gegeben wäre, müsse bei der Regierungsbildung in Preußen Rechnung getragen werden.

Zur auswärtigen Lage.

Sagung des Völkerbundsrats.

Paris, 23. Febr. Nach Verlesung der Vorschläge der Vereinigten Staaten über die Mandatsfrage, erwiderte der Vorsitzende des Völkerbunds, da Cunha, u. a., eine Note der Vereinigten Staaten an den Völkerbundsrat werde die Aufmerksamkeit des Rats auf zwei Punkte lenken, an denen die Vereinigten Staaten, wie sie sagten, nicht teilnahmslos vorübergehen könnten, in erster Linie auf die Insel Yap, die südlich des Äquators im Großen Ozean liege und deren Mandat vorher Japan zugesprochen worden war. Diese Insel bilde übrigens den Anknüpfungspunkt für die Kabel des Stillen Ozeans. Die Vereinigten Staaten haben niemals diese Zusage an Japan anerkannt und erneuern ihren Einspruch. In zweiter Linie werden die Vereinigten Staaten Erklärungen über das französisch-englische Abkommen betreffend des mesopotamischen Petroleum verlangen.

Paris, 23. Febr. (Havas.) Der Völkerbundsrat bildete einen Ausschuß mit dem Auftrag, die Anwendung des Art. 16 des

Vattes zu prüfen, welcher die wirtschaftliche Blockade im Falle eines Vertragsbruchs betrifft. Dieser Ausschuß wird Vertreter von Frankreich, Italien, Japan, Norwegen und der Schweiz umfassen. Inzwischen werde das Generalsekretariat der Regierungen, die Mitglieder des Bundes sind, um eine Äußerung über die Vorschläge bitten, welche diese zur Anwendung des Art. 16 des Vattes zur Verfügung haben. Der Rat befaßt sich weiter mit dem Frauen- und Kinderhandel und empfiehlt, daß eine Konferenz in der letzten Juniwoche in Genf zusammenzutreten soll. Der Rat erhielt einen Brief von Nansen, der meldet, daß die Rückbeförderung der in Griechenland zurückgehaltenen bulgarischen Gefangenen und der in Bulgarien festgehaltenen griechischen Kinder in ihre Heimat gute Fortschritte macht. Der Rat sprach der von Nansen getroffenen Maßnahmen seine Anerkennung aus. Zum Schluß wurde ein Schreiben von Wallace verlesen, welches eine Vorschläge der Vereinigten Staaten über die Mandatsfrage ankündigt.

Stimmen zur Londoner Konferenz.

Paris, 23. Febr. Der Londoner Konferenzpräsident der Ag. Havas meldet, Ministerpräsident Briand sei der Ansicht, die Konferenz von London sei dazu bestimmt, die Pariser Entscheidungen zur Ausführung zu bringen. Man könne sogar neue Fortschritte erwarten. Die Aufgabe sei schwer, aber die Alliierten wollten einmütig die genaue Ausführung des Friedensvertrags. Briand komme deshalb mit einem Gefühl des Vertrauens nach London. Die in Paris getroffenen Entschlüsse über die Reparation und die Entwaffnung seien nicht zufällig, sondern die Frucht eingehender Arbeit der berufensten Sachverständigen. Wiederholt habe die englische Regierung erklärt, kein Versuch, die Entscheidungen von Paris abzuändern, werde gelingen. Das sei auch der französische Standpunkt. Man müsse in Frankreich nicht als Unmögliches. Briand glaubt nicht daran, daß es notwendig ist, zu den verschiedenen Zwangsmaßnahmen Zuflucht zu nehmen, die die Alliierten festgesetzt hätten, im Falle Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllte. Wenn man aber unglücklicherweise doch noch dahin kommen müsse, dann müsse sich Deutschland das selbst zuschreiben.

Paris, 23. Febr. Auguste Couvin sagt im „Journal des Debats“ mit Bezug auf den vorgeschlagenen Beschluß des Obersten Rats über die Volksabstimmung in Oberschlesien, Ministerpräsident Briand habe weise gehandelt, in dieser Frage nachzugeben. Man dürfe den Deutschen keine Gelegenheit geben zu behaupten, der Pakt sei ohne ihre Zustimmung abgeändert worden. Wenn man die getrennte Abstimmung vorgenommen hätte, hätte man ihnen einen ernstlichen Vorwand gegeben, um stets gegen die Vorname der Volksabstimmung zu protestieren. Außerdem hätte man einen Präzedenzfall gegen den Friedensvertrag geschaffen. — Der „Temps“ behauptet, daß die erste in London getroffene Entscheidung ein ungerechtfertigtes Zugeständnis an Deutschland bedeute. Durch diese Methode sichere man den Frieden nicht. Die Deutschen hätten gegen die Vorkaufsmaßnahme, die Eingewanderten nicht mit den Einheimischen abstimmen zu lassen, protestiert. Sie erhielten nunmehr Genugtuung.

Zur Orientkonferenz.

London, 22. Febr. Der politische Berichtskorrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Die Orientkonferenz beginnt mit einer klaren Spaltung der Meinungen zwischen Frankreich und Italien auf der einen Seite und Großbritannien auf der anderen. Die britischen Vertreter wollen keine territorialen Abänderungen des Vertrags von Sevres. Die Franzosen und die Italiener sind anscheinend für eine Abänderung. Die britische Ansicht ist, kurz gesagt, die: Der Vertrag von Sevres ist vielleicht nicht vollkommen. Er war jedoch die beste Lösung, die die Alliierten finden konnten. Sein Grundgedanke ist, aus dem türkischen Reich alle nichtchristlichen und insbesondere die christlichen Gebiete herauszunehmen. Die Türkei als herrschende Macht ist verschwunden. Lloyd George und das Foreign Office würden nicht bereit sein, darauf zurückzukommen. Es seien jedoch Änderungen am Vertrag möglich, die dem Stolz der Türkei schmeicheln mögen, insbesondere Abänderungen, durch die die Freiheit und Unabhängigkeit der übrig gebliebenen Türkei vergrößert und ihre Bevormundung gemindert werde. Auf der anderen Seite, fährt der Berichtskorrespondent fort, sind die Franzosen und die Italiener mehr für eine Abänderung des Vertrages und ihren Wünschen muß volle Bedeutung beigemessen werden. Wie der Korrespondent weiterhin meldet, verlautet, daß Italien noch mehr als Frankreich für eine Rückgabe von Smyrna und Thrazien an die Türkei sei.

Die Räumung Palästinas.

Paris, 23. Febr. Nach einer Havas Meldung aus Kairo wird das italienische Detachment, das einen Teil der interalliierten Besatzungstruppen in Palästina bildet, Ende dieses Monats Palästina verlassen. Auch das kleine französische Detachment wird die Stadt Jerusalem räumen.

Ausland.

Internationaler Sozialistenkongress.

Wien, 23. Febr. Gestern Nachmittag trat hier die internationale Sozialistenkonferenz unter dem Vorsitz von Longuet zusammen. Dr. Friedrich Adler begrüßte im Namen des in Wien eingesetzten Komitees die Konferenz und betonte, daß die Konferenz da anknüpfen müsse, woran man bis Juli 1914 aus heiligster Überzeugung festgehalten habe. Longuet erwiderte im Namen der französischen Delegation und erklärte, daß man im Begriff sei, ein Internationalisierungszentrum zu schaffen, auf das alle Sozialisten die größten Hoffnungen setzten. Der Bürgermeister der Stadt Wien, Neumann, begrüßte den Kongress namens der Mehrheit des Gemeinderats, worauf auf Antrag des Delegierten der serbischen Sozialisten die bisherige Kommission, bestehend aus Adler, Grimm, Ledebour und Wallhead, als ständiges Präsidium bestellt wurde.

Revolution gegen eine Sowjetregierung.

Paris, 23. Febr. Wie Havas aus Konstantinopel berichtet, bekräftigt sich die Nachricht von einer Revolution der armenischen Nationalisten gegen die Sowjetregierung in Erivan. Die Truppen von Georgien haben die Offensive gegen die armenischen Bolschewisten südlich von Tiflis ergriffen und einen Sieg davongetragen. Die Lage in Georgien bessere sich. Die Russen hätten der Mobilisierungsordre Folge geleistet. Die Verteidigung der Hauptstadt scheint sichergestellt zu sein.

Deutschland.

Arbeiterfest. — 2 Millionen auf der Straße.

Berlin, 23. Febr. Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Monat Januar eine weitere ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten voll Erwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Berücksichtigt man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhalten, so dürften zur Zeit etwa 2 Millionen Menschen in Deutschland das gewohnte Arbeitseinkommen entbehren. Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, das heißt, der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt Beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Statistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung vollständig oder zu einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen ist.

Eröffnung des Staatsgerichtshofs.

Berlin, 21. Febr. Blättermeldungen aus Leipzig zufolge fand dort im großen Sitzungssaal des Reichsgerichts die Eröffnung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich in seiner vorläufigen Verfassung statt. Anwesend waren sämtliche sieben Mitglieder und zwar drei Richter des Reichsgerichts und die vom Reichstag gewählten vier Abgeordneten. Nachdem Reichsgerichtspräsident Dr. Delbrück den Gerichtshof namens des Reichsgerichts begrüßt hatte, eröffnete der Vorsitzende, Senatspräsident beim Reichsgericht Könige, den Staatsgerichtshof mit einer Ansprache, in der er dem Wunsch Ausdruck gab, daß seine Wirksamkeit dem deutschen Volke zum Segen gereichen möge. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Regelung des Prozeßverfahrens. Es wurde beschlossen, daß dieses sich zunächst nicht auf die sogenannten Ministeranklagen erstrecken soll.

Demonstration für Scheidemann.

Berlin, 22. Febr. Wie die Blätter aus Kassel melden, protestierten gestern Abend 20 000 Arbeiter vor dem Hause des Oberbürgermeisters Scheidemann gegen einen Pöbelstreich, der Scheidemann gespielt worden war. Während er mit seiner Familie in einer Wählerversammlung weilte, hatten Unbekannte seine Haustür berast verammelt, daß Scheidemann gezwungen war, in einem Hotel zu übernachten.

Baugemachen gilt nicht.

In Mainz und Wiesbaden trafen bei verschiedenen französischen Stellen Stadtpläne von Aschaffenburg und Würzburg, sowie Speyerarten ein, die in einer Meier Druckerei mit französischen Ueberdrucken hergestellt sind. Darnach hoffen die Franzosen ja recht zuverlässig, bald die Mainlinie entlang spazieren zu können. Warten wir ab!

